Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr 4. — Redaktion: Helene Hanna Cohn, München,



Nummer 27 **München / 4. Jahrgang** **6. Juli 1917**

Das Programm.

Von Felix A. Theilhaber, z. Z. im Felde.

In der jüdischen Presse wird neuerdings viel über eine Zusammenarbeit der Juden geschrieben. Die folgenden kurzen Ausführungen zeigen wie und was geschehen muß.

Die Organisation der amerikanischen Judenheit dürfte uns deutschen Juden zeigen, daß auch wir nicht untätig sein können. Die nächsten Monate schon können Ereignisse bringen, welche das Geschick der Ostjuden auf Jahrzehnte hinaus festlegen.

Es ist daher an der Zeit unsere Forderungen zu stellen.

Wir verlangen:

1. Die volle kulturelle und nationale Freiheit unserer Brüder im Osten. Zur Sicherstellung ihrer wirtschaftlichen Existenz, ihres religiösen Kultes (Sabbathruhe usw.) und zum Schutz gegen jede politische Entrechtung und Knechtung sind starke politische Bürgschaften vorzusehen.

Nur ein Kurzsichtiger kann die Bedeutung dieser Punkte leugnen. Nach all den hundertfachen Erfahrungen selbst der letzten Tage kann man doch keine so große Gemeinschaft wie die der Juden, irgend einem entstehenden Staatswesen ohne weiteres überantworten, ohne ihnen Möglichkeiten eigener Organisationen, politischen Einflusses, kurz ohne ihnen feste materielle Garantien zu geben. Aber schon werden die Juden in Polen, Galizien, Litauen und Kurland in einer Weise übersehen, die einen mit banger Sorge für die Zukunft erfüllen muß.

2. Die Judenheit der Welt trägt Sorge, daß die entwurzelten Teile der Judenheit, die durch den Krieg heimatlos geworden sind und nach Palästina übersiedeln wollen, dort Existenzmöglichkeiten finden. Von dieser Emigration bleibt die Stellungnahme der einzelnen Juden, die sich mit ihrem Heimatlande fest verbunden fühlen, unberührt. Es handelt sich vielmehr um eine Hilfsaktion, die nur dadurch gelöst werden kann, daß sich die Gesamt-Judenheit daran beteiligt. Es gilt auch die zionistischen Doktrinäre davon zu überzeugen, daß man nur durch eine großzügige Organisation Bleibendes und Großes schaffen kann.

Die deutsche Judenheit, die politisch im Lande „liberal" gerichtet ist, wird nicht leugnen können, daß nicht nur Kirgisen oder Kalmüken politische und nationale Rechte fordern dürfen, sondern auch die z. B. im russisch-polnisch-litauisch-jüdischen Milieu lebenden jüdischen Bewohner, deren Eigenart von niemand geleugnet werden kann, und deren zwangsweise Entnationalisierung dieselbe prinzipielle Ungerechtigkeit ist, wie etwa die Entnationalisierung aller Deutschen (die allerdings circa 20 mal soviel Individuen aufweisen) wäre.

Ferner wird man das religiöse und nationale Streben verfolgter Juden, die Palästina aufsuchen wollen, nicht durch Polizeimaßregeln unterbinden dürfen. Es liegt wohl kein Grund vor zu wünschen, daß sich der evakuierte Jude der Bukowina nicht in seiner Wüste, oder bei seinen „lieben" Glaubensbrüdern in Berlin oder München ansiedeln soll.

Dies muß unser Programm für die großzügige auswärtige jüdische Arbeit sein. Wenn sich keine nennenswerten Organisationen Deutschlands zu diesen Grundsätzen bekennen, so würden die national orientierten Vereine sich mit denen Österreichs, Ungarns, der Türkei und Bulgariens und anderer Länder zur Erkämpfung dieses Zieles verbinden.

Damit auch unser Recht und das Leben unserer Brüder nicht vergessen wird.

Professor Israel über die Lage in Palästina.

Der bekannte Berliner Chirurg Prof. Israel äußerte sich zu einem Vertreter des „Berl. Tageblattes" über die Lage in Palästina:

„Sofort nach dem Eintreffen der ersten beunruhigenden Gerüchte habe ich mich, gemeinsam mit meinen Kollegen von der Leitung der „Deutsch-Israelitisch - Osmanischen Union", mit allen zuständigen Stellen in Verbindung gesetzt und von unseren Vertrauensmännern in Konstantinopel und Palästina Nachrichten erbeten. Wenn ich unsere Informationen mit allen anderen inzwischen eingelaufenen, zum Teil nicht veröffentlichten, jedoch mir mitgeteilten Berichten vergleiche, so muß ich mir selbst bei der günstigsten Einschätzung des Verlaufes der Vorkommnisse sagen, daß die Bevölkerung von ganz Gaza und des Bezirks Jaffa, in erster Linie aber die dortige Judenschaft, recht Schweres durchzumachen hatte. Daran kann leider nicht gezweifelt werden und deshalb tut rascheste und ausgiebigste Hilfe aller Menschenfreunde Not.

Gaza ist heute ein Trümmerhaufen. In Ramleh sind Dutzende von Menschen durch Fliegerbomben getötet worden. Jaffa wurde wiederholt mit Bomben belegt, und es lag die dringende Gefahr vor, daß es als feindlicher Ausschiffungsplatz benutzt

werden könnte. Ein fachmännisches Urteil kann ich nicht abgeben, aber als Laie erscheint mir die Entfernung der Nichtkombattanten aus der Kriegszone von zwei Übeln das geringere zu sein. Daß Dschiemal Pascha einen Gewaltstreich gegen die Juden geplant hätte, erachte ich als eine durch keinerlei Tatsachen bewiesene, auf Stimmungsmache berechnete Behauptung. Halten wir uns an die Tatsachen. Es ist erwiesen, daß nicht nur die Juden, sondern auch Araber und Deutsche evakuiert worden sind. Möglich ist es, daß die Araber es besser verstanden haben, der Evakuierungsorder passiven Widerstand entgegenzusetzen; immerhin ist auch eine erhebliche Anzahl von ihnen ausgesiedelt worden. In Jaffa ist eine genügende Zahl jüdischer Wächter zur Bewachung des verlassenen Eigentums zurückgelassen worden. In den jüdischen Kolonien in der Nähe der Stadt sollte allen wirtschaftlichen Arbeitern mit ihren Familien und den Pflanzungsbesitzern ohne Familien das Bleiben gestattet werden. Tatsächlich ist die Maßnahme so angewandt worden, daß so gut wie niemand hat die Kolonien verlassen brauchen. Einen Vernichtungskampf gegen die Juden kann ich also in diesem Vorgehen nicht erblicken, um so weniger, wenn ich mir die Modalitäten der Evakuierung in Erinnerung rufe.

Und die türkische Zentralregierung?

Wer immer mit den türkischen Ministern, mit Talaat Pascha, Enver Pascha, Halil Bei, Ahmed Nessimy, Schükri Bei, oder auch mit den Führern des Jungtürkischen Komitees, wie Mitha Schükri Bei, Dr. Nasim Bei, Dr. Behaeddin, Schakir Bei, in Berührung gekommen ist, berichtet, daß alle diese Persönlichkeiten und ihre ganze Umgebung durchaus judenfreundlich gesinnt sind. Die Türkei fußt in dieser Hinsicht auf jahrhundertelangen Überlieferungen, denen sie nicht von heute auf morgen untreu werden wird.

Wenn ich noch als Anwalt meiner Glaubensgenossen in Palästina ein Wort sagen könnte, möchte ich den türkischen Behörden nahelegen, die Evakuierten, so bald es die Kriegslage nur gestattet, an ihre alten Wohnstätten zurückzuversetzen."

Rückkehr der Evakuierten. Das Kopenhagener Bureau der Zionistischen Organisation erhielt folgendes Telegramm vom 20. Juni aus Madrid:

„Nachdem die spanische Regierung und der König von Spanien persönlich zugunsten der evakuierten jüdischen Bevölkerung in Palästina wiederholt interveniert haben, erhielt die spanische Regierung eine offizielle Mitteilung der türkischen Regierung, daß sie Order gegeben habe, der evakuierten jüdischen Bevölkerung die sofortige Rückkehr in ihre Heimstätten zu gestatten."

Demgegenüber berichtet das Organ der Zionistischen Organisation, die „Jüd. Rundschau", daß ihr eine entsprechende Mitteilung bisher nicht zugegangen ist.

Alldeutsch und alljüdisch.

Wie sehr es einen anständigen Menschen auch vor dem Tone der antisemitischen Presse ekeln mag, so ist es doch ganz nützlich ihn von Zeit zu Zeit anzuhören, um zu erkennen, mit welchen Mitteln unsere Gegner uns bekämpfen. Sehr lehrreich in dieser Beziehung ist ein Aufsatz des Generals der Kavallerie z. D. K. von Gebsattel, der in der „Deutschen Zeitung" erschien.

Diesem Artikel zufolge hat das gesamte Judentum, mit Haase, Scheidemann, dem Berliner Tageblatt und der Frankfurter Zeitung an der Spitze, sich verbunden, um „diejenigen Kreise politisch außer Gefecht zu setzen oder einzuschüchtern, die vor dem Kriege Kaiser und Reich als den Inhalt ihrer Bestrebungen bekannt haben. (Und im Kriege? Anfrage der Red.) Und zwar tuen die Juden das, indem sie diesen Kreisen den Stempel „alldeutsch" aufdrücken, und die Beziehungen der alldeutschen Kriegshetzer zur Schwerindustrie aufdecken.

Dem Begriff „alldeutsch" setzt Herr v. Gebsattel nun denjenigen „alljüdisch" gegenüber, und charakterisiert diesen als einen Kreis, der „rein materialistisch denkt, allein der Gegenwart lebt, für die Zukunft des deutschen Volkes nichts übrig hat, der zudem großhändlerisch und kapitalistisch — beides in üblem Sinne — bestimmt ist."

Und nun kommt Herr v. Gebsattel zu der Fragestellung: „für wen mühen die sog. Alldeutschen sich ab, für wen aber die Alljüdischen?" Selbstverständlich kommt er zu dem Ergebnis: die Alldeutschen für Kaiser und Reich, die sie „vor dem Kriege" als Inhalt ihrer Bestrebungen bekannt haben. Die Alljüdischen dagegen selbstverständlich für das alljüdische Kapital.

Und dann endet Herr v. Gebsattel folgendermaßen:

„Man sieht — der Fragestellung „alldeutsch — alljüdisch" lassen sich sehr bedeutsame Seiten abgewinnen, aber auch sehr wertvolle Erkenntnisse, die von rechtswegen, wenn wir Deutsche noch nicht Hirn und Mark verloren haben, zu Entschlüssen treiben müßten.

Dabei lasse ich mit voller Absicht heute nur die politischen und wirtschaftlichen Saiten anklingen — ganz leise vorläufig — und mache die kulturelle alljüdische Macht gar nicht zum Gegenstand dieser kurzen Erörterung. Aber ich denke, es wäre, nachdem die Überhebung der Gegner den Alldeutschen den Kampf aufzuzwingen scheint, doch auch an der Zeit, daß die Untersuchungen, die vor dem Kriege über die Herrschaft der Juden im Theaterwesen (oder Unwesen), im Kunsthandel, in den Wissenschaften stattfanden, von Eingeweihten wieder aufgenommen und gleichfalls zu bestimmten Entschlüssen verdichtet werden.

Beide Seiten müssen sich meines Erachtens darüber klar sein, wenn die Frage „alldeutsch—alljüdisch" erst einmal im vollen Ernste aufgeworfen wird, muß sie im vollen Ernste behandelt und gelöst werden."

Die wirtschaftliche Zukunft der Juden in Polen.

Von M. Frischländer, Warschau.

Nachdem die Selbständigkeit Polens mit Anlehnung an die Zentralmächte proklamiert worden ist, taucht für uns Juden eine sehr wichtige Frage auf: wie wird sich unter diesen Bedingungen die wirtschaftliche Lage der Juden gestalten? Diese Frage ist, besonders für uns Ostjuden, die allerwichtigste, denn die größten Rechte (sowohl die bürgerlichen, wie die nationalen) würden uns nichts nützen, wenn der künftige freie Jude hungern müßte.

Es darf zugegeben werden, daß in dieser Beziehung sowohl bei den polnischen wie bei den deutschen Juden Pessimismus herrscht. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die deutschen Juden unsere Verhältnisse wenig kennen und daß

sich der durchschnittliche polnische Jude überhaupt mit ökonomischen Problemen kaum befaßt und deshalb geneigt ist, oberflächliche Urteile zu fällen. Ihre düsteren Ansichten begründen die Schwarzseher etwa wie folgt: einmal habe uns Einwohner des Königreichs Polen bislang vorzugsweise der Export nach Rußland ernährt, der unter den neuen Umständen aufhören werde; zweitens werde die polnische Industrie mit der deutschen nicht wetteifern können, so daß uns auch der innere Markt entgehen werde. Die Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland stellen sich die Pessimisten derart vor, daß Deutschland aus Polen ein Agrarland machen wird: Die Polen werden nach Deutschland landwirtschaftliche Produkte ausführen und zum Ersatz fertige Erzeugnisse der Industrie beziehen, die dort billiger sind. Mithin werde die polnische Industrie zu Grunde gehen, da sie bei Ausbleiben der Zollgrenze — oder selbst bei geringen Zollsätzen — mit der deutschen nicht wird konkurrieren können. Am härtesten würden darunter die Juden leiden, denn durch Boykott würden sie auch aus dem inneren Markt verdrängt werden, den in gewissem Umfang die inländische polnische Industrie bedienen wird ....

Glücklicherweise halten alle diese Ausführungen keiner ernstlichen Kritik stand. Aus all dem Obigem ist nur das wahr, daß die Zollgrenze zwischen Polen und Deutschland (bezw. Österreich) wirklich aufgehoben werden muß, und zwar liegt das sowohl im Interesse der Polen wie der Deutschen. Alle übrigen vorerwähnten Beweisgründe sind haltlos.

Erstens ist Kongreßpolen gar kein Agrarland in dem Sinne, daß es etwas zum Exportieren übrig haben sollte. Selbst bei der Verstärkung der Ergiebigkeit der polnischen Landwirtschaft — wovon später die Rede sein wird — kann zur Ausfuhr kaum etwas Beträchtliches übrig bleiben. Im Gegenteil, Polen hatte bisher nicht einmal soviel Getreide, um seine eigenen Bedürfnisse zu decken und war gezwungen, einen großen Teil seines Gebrauches aus Rußland zu importieren. Demzufolge fällt auch die zweite Vermutung, die Deutschen hätten ein Interesse daran, die polnische Industrie totzuschlagen, um der Bevölkerung Polens deutsche Fabrikate aufzuzwingen. Um etwas zu kaufen, muß man entweder Ersatzprodukte oder bares Geld besitzen. Ersatzprodukte hat Polen, wie bereits gesagt, nicht, und im Falle der Vernichtung der polnischen Industrie (was bei der Konkurrenz Deutschlands der Fall sein muß) wird der vorwiegend in Betracht kommende Massenverbraucher, der polnische Bauer und Arbeiter so verarmt werden, daß seine Kampffähigkeit nahezu ganz aufhört.

Allerdings hat Polen noch eine „Ware" zum Export: Menschenkraft, Arbeiterkraft, namentlich landwirtschaftliche und industrielle Arbeiter. Die Auswanderung der polnischen landwirtschaftlichen Arbeiter nach Deutschland fand auch früher statt, aber es handelte sich bislang lediglich um zeitweilige Arbeiter, um Saisonarbeiter, um die sogenannten „Sachsengänger". Die Einfuhr von polnischer Arbeitskraft, besonders der industriellen Arbeiter zum ständigen Aufenthalt, liegt gar nicht im Interesse Deutschlands, und zwar weder der deutschen Bürgerschaft noch des deutschen Proletariats. Die Bürgerschaft wird sich einen Zustrom von großen Scharen Menschen fremder Nationalität gar nicht gefallen lassen, und das deutsche Proletariat wird ebenfalls nicht dulden wollen, daß ihm gefährliche Konkurrenten entstehen, die angesichts ihrer kleineren Ansprüche als Lohndrücker ausgenützt werden könnten. Tatsächlich sehen wir, daß alle Richtungen in Deutschland sich gegen die Invasion einer fremdstämmigen Bevölkerung wehren wollen: die Konservativen fordern schlechthin Grenzschluß, und die Fortschrittlichen sagen, die Einwohner Polens würden nach Deutschland nicht eindringen, sobald sie Betätigung in Polen finden.

Aus all diesen Gründen liegt es im Interesse Deutschlands, nicht nur die Entwicklung der polnischen Industrie nicht zu verhindern sondern sogar dieselbe tunlichst zu fördern. Die Begünstigung Deutschlands ist für die Bevölkerung Polens von großer Bedeutung. Die Industrie Polens ist jetzt vollständig vernichtet; um sie wieder aufzurichten sind große Kapitalien unentbehrlich, die wir polnische Bürger nicht besitzen. Zudem muß man unsere Industrie vervollkommnen — wie wir ferner sehen werden —, sie fähig zu machen, neue Märkte zu bedienen. In dieser Richtung könnten uns zunächst deutsche Kapitalisten und Fachmänner Hilfe leisten.

Dies wird hoffentlich auch geschehen. Man darf sich jedoch nicht betrügen in Bezug auf die Form, in der diese Hilfe stattfinden wird. Man darf sich nicht einbilden, die deutschen Banken würden sich darauf beschränken, uns nur Geld zu leihen. Teilweise wird allerdings auch dies der Fall sein, am häufigsten aber werden die deutschen Kapitalisten und Fachmänner sich anschicken, in unsere Fabriken als Teilhaber einzutreten oder zuweilen dieselben zum Eigentum zu erwerben. Dies soll jedoch uns Einwohner Polens gar nicht abschrecken, denn — wie wir im weiteren ausführen werden — wird auch dies nicht gegen unser Interesse sein.

Wie dem auch sei, muß man damit rechnen, daß sich nach dem Kriege viele Deutsche in Polen in der Industrie betätigen werden. Und da, wie bekannt, auch vor dem Kriege die Industrie Polens sich größtenteils in den Händen von Ausländern, vorwiegend Deutschen, befand, werden jetzt die Deutschen im wirtschaftlichen Leben des



Das „Jüdische Fürsorgekomitee für die Evakuierten" arbeitet mit Hochdruck.

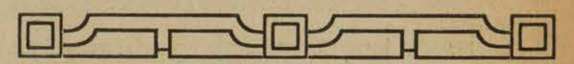
Um die von Hunger und Krankheiten Gepeinigten zu retten, brauchen wir monatlich 50 000 Frcs. in Goldwährung. Hiervon kann der Einzelne 20 Cts. pro Tag erhalten. Um ihnen mehr zu gewähren als bloßen Schutz vor dem Verhungern, ist der doppelte Betrag notwendig!

Gedenkt der Notleidenden in Palästina!

Geldspenden aus Bayern sind zu richten an das Bankhaus J. L. Feuchtwanger, München (Postscheck-Konto 552).

Das Münchener Lokalkomitee setzt sich aus folgenden Namen zusammen:

Prof. Dr. Benno Becker, Prof. Dr. Arthur Cohen, Helene Hanna Cohn, Justizrat Dr. Emil Fränkel, Jacob Fränkel, Dr. Elias Straus, Dr. Karl Süßheim, Dr. Ludwig Wassermann.



Landes erst recht eine hervorragende Rolle spielen.

Wenn wir von den Ansichten der polnischen Chauvinisten absehen, die nichts klügeres als die Nationalisierung des Handels und der Industrie zu predigen wissen (möge dadurch auch die ganze Wirtschaft und folglich auch der Wohlstand des Landes zu Grunde gehen), ist das „Eindringen" der Deutschen in unsere Industrie für uns Einwohner Polens gar nicht schädlich, vielmehr nützlich. Denn dergestalt wird das Deutsche Reich nicht nötig haben, uns von seinem inneren wie auswärtigen Markt fernzuhalten. Es wird somit kein Hindernis bestehen, solche Fabriken, die sich vorteilhafter in Polen als in Deutschland führen lassen, in Polen zu betreiben.

Diese Kombination wird am leichtesten Anwendung finden bei einem Handelsvertrag mit Rußland, mit dessen Bedürfnissen die Industriellen und Kaufleute Polens gut vertraut sind und mit dessen Abnehmern sie seit lange in den besten Beziehungen stehen. Überhaupt kann Polen nur im Verband mit Deutschland ernst darauf rechnen, einen vorteilhaften Vertrag mit Rußland einzugehen, um den russischen Markt nicht gänzlich zu verlieren.

Obengeschilderte unumgängliche wirtschaftliche Voraussetzung, unter welcher ein selbständiges Polen allein existenzfähig ist, mag manchen polnischen Chauvinisten ärgern, weil sein Traum nicht erfüllt wird, in Polen bloß reinblütige Nationalpolen wohnen zu sehen. Dem Interesse des polnischen Volkes ist damit nur gedient. Besonders wird es den Arbeitern zugute kommen. Für den polnischen und jüdischen Arbeiter ist es einerlei, wer Eigentümer der Fabrik ist, er will nur in ihr Arbeit haben und nicht gezwungen sein, das Vaterland zu verlassen. Und eben dieser Zustand wird ihm die Betätigungsmöglichkeit im Lande zusichern. Außer den bisherigen Fabriken werden in Polen neue entstehen, weil der Arbeiterlohn sich bei uns billiger stellt und vielleicht auch mit dem Zweck, Rußland eine nähere Bezugsquelle zu geben. Dies schafft dem polnischen Arbeiter neuen Verdienst und bessert seine wirtschaftliche Stellung, denn obwohl er im Vergleich mit dem deutschen Arbeiter kärglicher entlohnt ist, verdient er dennoch viel besser als früher in Polen und hat dazu die Möglichkeit, Lebensmittel billiger zu kaufen.

Dieser Sachbestand ist für uns Juden von besonderer Wichtigkeit. Die Industrie (und folglich auch der Handel) wird sich in Polen nicht mehr auf Grund von nationalem Patriotismus entfalten können, sondern es wird sich ein staatlicher Patriotismus bilden. Das bedeutet: jedem Bürger des Landes wird daran gelegen sein, die Erzeugnisse des Landes zu unterstützen, gleichviel ob dieselben ein Pole, Deutscher oder Jude herstellt. In unserem eigenen Interesse dürfte dieser Patriotismus noch ausgedehnter sein, und alle zentraleuropäischen Länder (oder nach der Auffassung anderer deutscher Ökonomiker „osteuropäischen" Länder, Rußland ausgeschlossen) umfassen, die wie gesagt eine große wirtschaftliche Gemeinschaft bilden werden. Denn wenn wir den Einwohnern Deutschlands usw. gegenüber keinen engherzigen wirtschaftlichen Chauvinismus zeigen, werden auch sie sich uns gegenüber freundschaftlich verhalten, und der Vorteil wird wechselseitig sein.

Es muß auch damit gerechnet werden, daß sich bei sachkundiger Wirtschaft das Königreich Polen zu einem guten Absatzmarkt gestalten kann. Die bisherigen Daten sind in dieser Beziehung nicht maßgeblich. Die zarische Regierung hat das Land in kultureller Hinsicht fürchterlich vernachlässigt, sie hat die Volksmassen in Finsternis gehalten, sie alkoholisiert, um einerseits ihr Branntweinmonopol zu fördern und andrerseits um sie von freiheitlichen Ideen fernzuhalten. Die Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie hat die zarische Regierung durch ihr allgemeines Regiment gehemmt. Jetzt, wenn die Volksmassen auf eine höhere Kulturstufe gehoben werden, wird die Industrie neue Abnehmer gewinnen. Ebenso wie in Deutschland wird hoffentlich auch in Polen nach dem Kriege die Losung gelten, sich um den innerlichen Verbraucher viel mehr zu kümmern, als neue Absatzmärkte in der Fremde zu suchen. Zu diesem Zwecke wird man sich bemühen, den Wohlstand des gemeinen Volkes und seine kulturellen Ansprüche zu heben, was durch bessere Entlohnung und Aufklärung erzielt wird. Bei derartiger Sozialpolitik ist es ganz ausgeschlossen, die Juden zu benachteiligen, denn jeder Jude wie Nichtjude muß als wünschenswerter Verbraucher körperlich und geistig gepflegt werden.

Anderseits wird man bei tüchtigem Wirtschaften die natürlichen Quellen des Landes, die — wie bereits jetzt von der deutschen Verwaltung festgestellt ist — überaus reich sind, besser ausnützen können, die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft um das doppelte heben und neue Industriezweige schaffen. . . .

So wird es sich im großen und ganzen voraussichtlich gestalten, wenn beide Parteien gescheit genug sind, um dies zu begreifen. Für uns Juden kann solcher Sachbestand besonders günstig sein, sowohl in wirtschaftlicher, wie in nationaler Beziehung. Zunächst muß in Betracht gezogen werden, daß an der Kapitalisierung der polnischen Industrie deutsche Bürger nicht nur christlicher, sondern auch jüdischer Konfession teilnehmen werden. Ferner werden neben den polnischen Christen sich auch polnische Juden in der Industrie Polens betätigen. Die Rolle der Juden wird sogar ansehnlich sein. Niemand ist besser als der Jude fähig, großes Kapital zu beschaf-

fen, zumal es höchstwahrscheinlich nötig sein wird, nicht nur in Deutschland und Österreich, sondern auch in der Fremde Kapital zu suchen. Auch zu kommerzieller Leitung der Fabriken sind die Juden besonders fähig: wer vermag es besser als der Jude, mit dem kleinsten Kapitalaufwand den größten Umsatz zu erzielen? In Bezug auf die technische Leitung sind hinwiederum die Deutschen und Polen tüchtig. Alle drei Nationalitäten insgesamt können schließlich Ingenieure, Beamte und Arbeiter liefern. Von der Fähigkeit der Juden als Kaufleute und Exporteure (besonders wenn es sich um den Export nach Rußland handelt) erübrigt es sich zu reden.

Dergestalt wird sich eine natürliche Interessengemeinschaft zwischen Polen, Deutschen und Juden bilden, die den Chauvinismus im allgemeinen und den Antisemitismus im besonderen undenkbar macht. Weder jüdische noch deutsche Ware, noch der Jude oder Deutsche als Angestellter, Beamter oder Arbeiter werden boykottiert werden dürfen.

Nicht minder wird sich die Lage der Juden in nationaler Beziehung dadurch bessern. Es ist zu hoffen, daß die deutschen Juden, die sich in Polen niederlassen werden, sich national als Juden fühlen werden. Das Erwachen des jüdisch-nationalen Gefühls in der deuschen Judenschaft ist ohnehin eine unleugbare Tatsache. Wenn in Deutschland viele gewichtige Hindernisse ihnen nicht gestatten, ihre „Jüdischheit“ geltend zu machen, so verhält es sich damit ganz anders in Polen, wo sie unter Millionen ihrer Volksgenossen leben werden und wo ihnen als gebildeten und politisch geschulten Leuten eine höchst ehrenhafte und verlockende Mission zufällt, zusammen mit den aufgeklärten und national-bewußten polnischen Juden zugunsten der jüdischen Nation tätig zu sein. Es wird dabei ein Austausch von wechselseitigen Diensten stattfinden: die polnischen Juden werden die deutschen national beeinflussen und die Letzteren auf die Ersteren kulturell einwirken.

Aus all diesem geht deutlich hervor, daß sowohl die Deutschen und die deutschen Juden, wie die Polen und die polnischen Juden daran interessiert sind, nicht den Chauvinismus bezw. den Antisemitismus zu schüren, sondern die bürgerlichen und nationalen Rechte aller Einwohner, darunter auch die Deutschen und Juden, gehörig zu sichern; anders gesagt, das Polenland nicht als Nationalstaat, sondern als Nationalitätenstaat einzurichten. Die wichtigste Grundlage des Gedeihens eines Landes ist seine ersprießliche wirtschaftliche Lage. Wollen die Zentralmächte dem Polenlande Nutzen bringen und von ihm Nutzen ziehen, müssen sie nur den obenbezeichneten Weg einschlagen.

Die wirtschaftlichen Probleme Galiziens nach dem Kriege.

(„Lemberger Tagblatt“.)

Die in den österreichischen Kronländern durch den Krieg hervorgerufene Notlage hat natürlich in Galizien als einem unmittelbaren Kriegsschauplatz ihr höchstes Stadium erreicht. Die furchtbarsten Kämpfe und Kriegsverwüstungen haben die wirtschaftlichen Kräfte der Bevölkerung äußerst geschwächt und somit auch einen entscheidenden Einfluß auf die Gesamtlage des Reiches ausgeübt. Schon beim Beginn der Massenwanderung ist mehr als eine Million Einwohner, d. i. ein Achtel der Bevölkerung, vor dem Feinde geflüchtet und fast ebensoviel sind über die Grenze gekommen, wo ein großer Teil des Volksvermögens und der Arbeitskräfte dem Lande entzogen wurde. Die russische Invasion in Galizien hatte für die Bevölkerung zweierlei Nachteile: Sie wurde vom Reichslande abgeschnitten, ohne mit den feindlichen Lande in wirtschaftlichen Austauschverkehr treten zu können, denn Rußland und Galizien sind beide reich an wirtschaftlichen und arm an industriellen Erzeugnissen. Das Land war somit auf sich selbst angewiesen, der Verkehr war wegen Mangel an Transportmitteln sehr beschränkt und die Bevölkerung lebte sozusagen von der Hand in den Mund. Die zweite verderbliche Wirkung der schrecklichen Verwüstung des Landes sind die schweren, auf mehrere Milliarden sich belaufenden Schäden, die ohne Kriegentschädigung oder sonstige Hilfe von außen die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nach dem Kriege auf Jahrzehnte hinaus hintanhalten wird. Wohl hat Galizien als Agrarland weniger Schaden gelitten als z. B. die industriellen Länder Belgien und Nordfrankreich. Die wichtigste Grundlage der Volkswirtschaft, die Quelle des Reichtums, der Grund und Boden ist zwar vernachlässigt und verwahrlost, aber doch nicht ganz unbrauchbar geworden, dagegen sind viele Wälder verschwunden und verschwinden immer mehr. Viele Städte sind vernichtet und das Vermögen der Einwohner geraubt, die landwirtschaftlichen Maschinen sind verschwunden und die wirtschaftlichen Gebäude beim Großgrundbesitz zerstört. Die junge Industrie des Landes ist im Anfangsstadium ihrer Entwicklung untergraben worden. Straßen, Wege und Bahnen sind zerstört, die Steuerbevölkerung ist auf ein Minimum gesunken, kurzum es fehlen dem Lande alle Mittel, die zu einer Fortsetzung der durch den Krieg unterbrochenen produktiven Arbeit nötig sind. Diese Mittel kann die Bevölkerung in absehbarer Zeit mit eigenen Kräften und leeren Händen aus dem Boden nicht herbeischaffen. Rechnen wir noch die allgemeinen Wirkungen des Krieges hinzu, die Galizien ebenso wie andere kriegsführende Länder getroffen, die Witwen und Kriegswaisen, Kriegsinvaliden und viele Tausende vernichteter Mittelstands-Existenzen, dann bekommen wir ein annäherndes Bild des gegenwärtigen wirtschaftlichen Tiefstandes Galiziens. — Der Krieg hat zwar auch eine Kriegskonjunktur geschaffen: gewisse Mittel sind flüssig gemacht. Viele haben in der Rüstungsindustrie, im Provianthandel und dgl. eine reiche Erwerbsquelle gefunden. Aber leider sind die Verhältnisse dergestalt, daß gerade die vom Kriege am meisten Betroffenen von der Kriegskonjunktur am wenigsten gewonnen haben. Im übrigen bildet der Kriegsgewinn nur einen winzigen Bruchteil

der ungeheueren Kriegsschäden, abgesehen von der Umwertung aller Werte durch den Krieg.

Will man nun die Volkswirtschaft vor großen Opfern bewahren, so muß der Staat wie auch jeder Einzelne beim Wiederaufbau des Landes die großen Preisverschiebungen berücksichtigen. Damit kommen wir zu den Friedensproblemen des Landes auf wirtschaftlichem Gebiet.

Reservisten-Frauen und Lazienki-Park.

(Brief aus Warschau.)

Wie es vorauszusehen war, ignoriert der Magistrat vollständig die beiden Beschlüsse „zugunsten" der Juden, die vom Stadtrat in der Sitzung vom 22. März d. J. gefaßt wurden, und zwar: 1. wegen Einlaß der langröckigen Juden in den Lazienkipark; 2. wegen Unterstützung jüdischer Reservistenfrauen, die keine formellen Trauscheine besitzen. Man hat in diesen zwei Beschlüssen damals einen Beweis dafür sehen wollen, daß der Warschauer Stadtrat den Juden Zugeständnisse macht. Es war dies aber ein durchaus unbegründeter Optimismus!

Der Stadtrat hat allerdings einen Beschluß gefaßt, daß in die städtischen Gärten schmutzig gekleidete und betrunkene Personen nicht hereingelassen werden dürfen. Er faßte jedoch keinen Beschluß, daß die alte Aufschrift, die an den Toren des Lazienkiparkes prangt und kraft deren nur „europäisch" gekleidete Leute hereingelassen werden, beseitigt werden soll. Eigentlich ist es eine Selbstverständlichkeit. In Polen aber, wo man vor der Welt „freiheitlich" scheinen will, und in Wirklichkeit Judenfresserei betreibt, haben derartige jesuitische Beschlüsse immer eine spezielle Bedeutung. So war es auch diesmal. Man hat ein neues Schild neben dem alten ausgehangen und die Juden in langer Tracht werden nach wie vor nicht hereingelassen.

Ebenso wird der Beschluß über die Reservistenfrauen nicht ausgeführt. Diese Frage wurde auf einer der letzten Sitzungen im Stadtrat von den jüdischen Verordneten berührt. Es muß zuerst bemerkt werden, daß die Behandlung der gegen Juden begangenen Zurücksetzungen im Stadtrat nicht so leicht ist. Unter verschiedenen Vorwänden läßt man die jüdischen Ratsmänner nicht zum Wort kommen, oder ihre Anträge und Interpellationen kommen eine unbegrenzte Zeit hindurch nicht auf die Tagesordnung. Trotz der eingetragenen Interpellation mußten die Verordneten Prilutzki und Hirschhorn eine günstige Gelegenheit ausnutzen, um über diese Sache zu sprechen. Der Magistrat hat nämlich vorgeschlagen, einer polnischen Reservistenfrau Unterstützung für das Jahr 1916 aus den Mitteln des Jahres 1917 zu geben. Ratsmann Hirschhorn bemerkte, niemand könne dagegen etwas einwenden, es befremde aber, daß eine einzige Reservistenfrau dieses Vorrecht haben soll. Weshalb sollte man nicht auch den anderen Reservistenfrauen die Unterstützung auszahlen, die ihnen für die verflossene Zeit zukommt? Dabei machte er darauf aufmerksam, daß der Magistrat überhaupt den Beschluß des Stadtrates ignoriere. Ratsmann Prilutzki fügte hinzu, daß, laut dem erwähnten Beschluß des Stadtrates, der Magistrat verpflichtet war, an die Milizkommissariate einen Befehl zu erlassen, den jüdischen Reservistenfrauen Hilfe zu leisten, um die nötigen Dokumente zu verschaffen, die die offiziellen Ehezeugnisse ersetzen sollen. Dies hat der Magistrat nicht getan und wenn sich die jüdischen Reservistenfrauen an die Miliz wenden, erklärt man ihnen, ein solcher Befehl sei nicht erfolgt. Es gab auch Fälle, da sich die Reservistenfrauen selbst solche Dokumente verschafft und mit solchen sich an das Kuratorium gewendet haben, das die Unterstützung ausgibt, man hat sie jedoch mit den Dokumenten schlechthin fortgejagt. Der Redner sagte: der Magistrat möge sich schämen, daß er die Beschlüsse des Stadtrats nicht ausführe, aber auch der Stadtrat möge sich schämen, daß er solche Beziehung des Magistrats zu seinen Beschlüssen dulde.

Die Redner wiesen darauf hin, daß der Beschluß wegen der Reservistenfrau anscheinend nur deshalb damals gefaßt worden ist, weil man zu dieser Zeit stark vom nahen Frieden gesprochen hat. Man wollte deshalb eine liberale Geste zeigen, die nichts kosten sollte. Denn es erwecke Befremden, daß man die Zahlung erst vom 1. April ab beschlossen, während doch nach Anerkennung der Gültigkeit der religiösen Ehezeugnisse, den jüdischen Reservistenfrauen auch die frühere Unterstützung hätte zukommen sollen. Auch in Bezug auf den Lazienkipark hat man den Beschluß nur deshalb gefaßt, um ihn in den polnischen Blättern ausposaunen zu können.

Es kommt aber hier noch ein Moment in Betracht. Art. 25 der Stadtordnung besagt: „Sollten der Magistrat und der Stadtrat nicht zu einer Verständigung mit einander kommen können und die Sache indessen einer Erledigung bedürfen, so entscheidet sodann die Aufsichtsbehörde."*)

Es ist doch offensichtlich, daß zu einer solchen Einmischung der Kaiserlich-Deutschen Aufsichtsbehörden der Magistrat allein Anlaß gegeben hat. Wenn aber die deutsche Behörde in dieser wichtigen Frage eingreifen sollte, um zu verhüten, daß die jüdischen Reservistenfrauen geradezu Hungers sterben, oder daß im 20. Jahrhundert in einem Kulturlande ein Mensch deshalb nicht frische Luft atmen darf, weil er „jüdisch' gekleidet ist — was werden dann die polnischen Antisemiten sagen? Sie werden den Juden vorwerfen, daß sie gegen die polnische autonome Verwaltung zu „fremder Intervention" Zuflucht nehmen. In Wirklichkeit aber rufen die „fremde Intervention" nicht die Juden, sondern gerade die Judenfeinde hervor. So war es mit der Sonntagsfrage, deren zeitweilige Lösung die Juden nur dem Kaiserlich Deutschen Polizeipräsidium verdanken. So war es mit vielen anderen Fragen. Denn es wäre doch seltsam, wenn die Vertreter einer modernen europäischen Macht, die der g a n z e n Bevölkerung Befreiung von der ehemaligen Knechtschaft verheißen hatten, zulassen sollten, daß die antisemitischen Rädelsführer diese Freiheit ausnützen, um den Schwächeren noch schwerere Ketten als vormals aufzulegen. Überhaupt ist ja den Juden nicht dazu das Wahlrecht gewährt worden, daß ihre Vertreter nur als stumme Zeugen die an den Juden begangenen Gewaltaten mit ansehen müssen.

„Beobachter".

*) Ich zitiere die Übersetzung aus dem Polnischen.

Der Zionismus in England.

Am 20. Mai fand in London eine außerordentliche Konferenz der englischen Zionisten statt, an der 70 Delegierte aus England, Irland, Schottland und Wales teilnahmen. Der Vorsitzende der englischen Zionisten-Federation Dr. Weizmann legte

einem Komitee von 20 Personen Dokumente über die augenblickliche Lage des Zionismus und seine politischen Bemühungen vor. Vor dem Plenum der Konferenz hielt Dr. Weizmann eine Rede, in welcher er zunächst die Bedeutung der russischen Revolution für das Judentum und die augenblickliche Lage in Palästina erörterte. Bezüglich der Zukunft Palästinas erklärte Dr. Weizmann, es sei nicht staatmännisch gedacht, die Errichtung eines Staates oder einer Republik zu fordern. Andererseits wies er auf die Sympathien hin, welche der Gedanke des Zionismus bei den Regierungen findet und erklärte, er sei ermächtigt mitzuteilen, daß auf Grund dieser Sympathien im gegebenen Zeitpunkt eine Unterstützung der zionistischen Bestrebungen erfolgen werde. Ferner hätten die höchsten katholischen Kreise erklärt, daß sie der Schaffung einer jüdischnationalen Heimstätte in Palästina sympathisch gegenüberstehen und daß sie von ihrem religiösen Standpunkt keine Einwände zu machen hätten.

Dr. Weizmann wandte sich dann den inner-jüdischen Verhältnissen in England zu und warnte vor Spaltungen und Zwistigkeiten.

Herr Boris Goldberg sprach über die Lage in Palästina und teilte mit, daß die provisorische russische Regierung erlaubt habe, an Hilfsgeldern 300.000 Rubel für die palästinensischen Juden zu überweisen. Dagegen sind die Leistungen der englischen Juden für Palästina sehr gering. Ohne die Hilfe von Amerika wäre das Kolonisationswerk längst zu Grunde gegangen. Es wurde darauf eine Subskription für Palästina eröffnet, die sofort 600 Pfund ergab.

Kämpfe in der englischen Judenheit.

Das Manifest des „Conjoint Committee", der repräsentativen Körperschaft englischer Juden, von dem wir in unserer vorigen Nummer berichteten, besagt, daß das heilige Land eine unvergängliche Bedeutung für alle Juden habe, daß es nicht nur als Gegenstand geheiligter Erinnerungen oder als Wallfahrtsort zu betrachten sei, sondern daß die Juden seit dem Anbruch ihrer politischen Emanzipation in Europa die Wiederherstellung einer jüdischen Gemeinschaft in Palästina als eine ihrer Hauptaufgaben betrachtet haben, und daß diese Gemeinschaft eine Quelle geistiger Inspiration für die ganze Judenheit sein solle. Daher habe das Conjoint Committee bereits im Winter 1914 seine Bereitwilligkeit erklärt, mit den Zionisten auf der Basis der sogenannten kulturellen Politik zusammenzuarbeiten, welche auf den letzten Zionistenkongressen angenommen worden sei. Das Conjoint Committee wolle, daß der jüdischen Bevölkerung Palästinas der Genuß bürgerlicher und religiöser Freiheit gesichert werde, ferner gleiche politische Rechte mit der anderen Bevölkerung, verständige Erleichterungen für Immigration und Kolonisation und solche munizipalen Privilegien in den Städten und Kolonien, wie sich als nötig erweisen werden.

Dagegen wende sich das Conjoint Committee gegen zwei weitergehende Forderungen aus dem zionistischen Lager. Die erste Forderung sei die Anerkennung des politisch-nationalen Charakters der Siedelung. Auch hiergegen sei nichts einzuwenden, wenn es sich um eine lokale Frage handeln würde, d. h. wenn sich unter den palästinensischen Bedingungen eine jüdische Nationalität entwickelt. Aber dieser Anspruch sei nur ein Teil der weiteren zionistischen Theorie, wonach alle Juden eine heimatlose Nation bilden, die sich nicht völlig mit den Nationen identifizieren könne, unter denen sie leben, und wonach für diese heimatlose Nation ein politisches Zentrum in Palästina nötig sei. Hiergegen protestiere das Conjoint Committee, da sich die emanzipierten Juden in England in erster Reihe als religiöse Gemeinschaft betrachten und da sie stets ihre Ansprüche auf politische Gleichberechtigung damit begründet hätten, daß sie keine separaten nationalen Aspirationen im politischen Sinne hätten. Wenn die Errichtung einer jüdischen Nation in Palästina auf die Theorie der jüdischen Heimatlosigkeit gegründet würde, so würden damit die Juden in ihren Geburtsländern zu Fremden gestempelt und sie würden ihre hart errungenen Positinen als Staatsbürger untergraben. Der zweite Punkt, gegen den das Conjoint Committee sich wenden müsse, sei die Forderung, daß die jüdischen Ansiedler besondere Vorrechte genießen sollten, die in einem Charter niedergelegt werden sollten. Dies widerspreche dem Prinzip der Gleichberechtigung, zumal die Juden in Palästina nur eine Minorität bilden. Diese Forderung sei auch für die Durchführung des zionistischen Programms überflüssig. Wenn die Juden auf Grund völliger Gleichberechtigung und Freiheit in der Konkurrenz mit den anderen Bevölkerungselementen ihre Überlegenheit beweisen werden, so werde dies ein viel gesünderes Fundament sein, als wenn sie ihr Übergewicht durch Privilegien und Monopole erreichen. —

Daß diese Erklärung des Conjoint-Committee größtes Aufsehen erregt hat, ist erklärlich. Es ist höchst bemerkenswert, daß eine solche nichtzionistische und früher geradezu zionistenfeindliche Organisation die praktischen Forderungen des Zionismus in so weitem Maße übernimmt. Das Conjoint Committee sagt ausdrücklich, daß es für die Kolonisation Palästinas eintreten will, und daß es keinen Einwand dagegen erhebt, die jüdische Gemeinschaft in Palästina, die sich dort frei entwickeln soll, als eine n a t i o n a l e Gemeinschaft zu betrachten. Um so unverständlicher ist es, warum das Conjoint-Committee den theoretischen Streit um das Wesen der jüdischen Nationalität außerhalb Palästinas in diesem Moment vor die breiteste Öffentlichkeit trägt und warum es vor derselben Öffentlichkeit Einzelheiten der für die Zukunft erwarteten Rechtslage der Juden in Palästina erörtert. Wenn es dem Conjoint-Committee mit seiner Liebe zu Palästina ernst war, so hätte es diese Fragen mit den Zionisten erörtern, nicht aber vor der breiten Öffentlichkeit den Eindruck erwecken sollen, daß die Juden sich über ihre Forderungen nicht zu verständigen vermögen. Aus diesem Grunde haben weite Kreise der

englischen Judenheit das Vorgehen der beiden genannten Vertreter des Conjoint-Committee scharf mißbilligt. Am 28. Mai veröffentlichte die Times Protestschreiben von zionistischer Seite.

Lord Rothschild schrieb, die Zionisten seien der Ansicht, daß, wenn Palästina kolonisiert werden solle, iregnd eine Maschinerie in Bewegung gesetzt werden müsse, um die Einwanderer zu empfangen, sie anzusiedeln und eine allgemeine vermittelnde Leitung auszuüben. Dagegen hätten die Zionisten gar nicht die Absicht Privilegien auf Kosten der anderen Nationalitäten zu erhalten.

Dr. Weizmann, der Vorsitzende der englischen Zionisten, gab die gleiche Erklärung in der Times ab mit der Begründung, daß Freiheit und Gerechtigkeit für alle Rassen und Sekten in Palästina ein Grundprinzip der zionistischen Bewegung sei. Ferner betonte er, daß die Frage der jüdischen Nationalität nicht nach dem Belieben einzelner Personen entschieden werden könne. „Die Tatsache, daß die Juden eine Nation sind, ist durch die Überzeugung der überwiegenden Mehrheit der Juden zu allen Zeiten bis auf die heutige Zeit bewiesen, eine Überzeugung, die stets auch von den Nichtjuden aller Länder geteilt worden ist."

Der Oberrabbiner von London, Dr. Hertz, stellte in seiner Erklärung fest, daß die Erklärung der Herren Alexander und Montefiore mit den Ansichten der Mehrheit der englischen Juden nicht übereinstimme und daß diese beiden Herren von den Organisationen, welche sie vertreten, keinen Auftrag erhalten hätten, eine derartige Erklärung abzugeben. Ähnliche Proteste wurden in der Times von Dr. Gaster, Herrn Elkan Adler, Herrn B. A. Fersht und S. Gilbert veröffentlicht. Diese Herren erklärten zugleich ihren Austritt aus dem Conjoint-Committee.

Die Times selber nahm in zwei Artikeln zu der Diskussion Stellung, wobei sie den zionistischen Standpunkt als den allein richtigen erklärte. Die nächste Sitzung der „Agnlo-Jewish Association" hatter sich mit einer Protestresolution von Dr. Gaster zu beschäftigen, welche nach längeren Erörterungen zurückgezogen wurde. Mr. Montefiore behielt daraufhin den Vorsitz in der Anglo-Jewish Association bei und Herr Elkan Adler zog seine Austrittserklärung zurück.

In der Sitzung des „Board of Deputies" dagegen wurde am 18. Juni folgende Entschließung angenommen:

„Die Versammlung des Jewish Board of Deputies, die am 18. Juni stattfand, nahm folgende Resolution an: Nachdem der Board of Jewish Deputies" die Ansichten des Conjoint Committee, gemäß der in der Times veröffentlichten Mitteilung, erwogen hat, spricht er seine tiefe Mißbilligung dieser Ansichten und seine Unzufriedenheit mit ihrer Publikation aus. Er erklärt, daß das Conjoint Committee das Vertrauen des Board verloren hat und fordert seine Repräsentanten im Conjoint Committee auf, ehestens von ihren Ämtern zurückzutreten."

Es hat in England tiefen Eindruck gemacht, daß die sehr angesehene repräsentative Körperschaft des Board of Deputies in so scharfer Weise Stellung genommen hat und seine Entschließung wird als ein Wendepunkt in der Geschichte der englischen Judenheit betrachtet, die in ihrer Majorität zum mindesten die praktischen Palästinaforderungen des Zionismus unterstützt und offenbar nicht dulden will, daß die notwendige Eintracht im Auftreten vor der Öffentlichkeit durch derartige Erklärungen, wie sie die Herren Alexander und Montefiore abgegeben hatten, gestört wird.

Jacob H. Schiff's Wandlung.*)

Vor einem Jahre wurde die Liga der Jüdischen Jugend Amerikas organisiert, um gegen den Indifferentismus zu kämpfen, der in der jüdischen Jugend Amerikas jüdischen Dingen gegenüber sich geltend machte. Die Liga hielt ihre erste Jahresversammlung am 24. April in New York. Viele führende Zionisten nahmen als Gäste teil.

Herr Marshall, der zum Präsidenten des Abends gewählt wurde, begrüßte die Liga und ihren Gründer, Dr. Benderly, und sprach über das Heranbrechen einer neuen Ära der menschlichen Gesellschaft. Mit Bezug auf die Aussichten der Juden für die Zukunft sagte Herr Marshall: „es ist möglich, daß das Problem, das in so vielen Jahrzehnten die jüdischen Gedanken beschäftigt hat, sehr bald gelöst werden wird."

Größte Begeisterung erweckte eine Rede, die Herr Schiff, der eigentlich nicht als Redner vorgesehen war, an sein junges Auditorium richtete. Auf eine Aufforderung des Vorsitzenden „an das Haupt der Ältesten Israels" erhob sich Herr Schiff und sagte: „Ich habe nichts vorbereitet. Ich werde zu Ihnen sprechen, wie es mir mein Herz eingibt." Seine Ausführungen kamen gleich überraschend für seine jungen wie alten Zuhörer: „Ich möchte etwas sagen was manch einen von den älteren Zuhörern überraschen wird. Das erstemal kam mir in den letzten drei Wochen der Gedanke: Warum hat der Jude nicht sein eigenes Heimatsland? Ich glaube nicht an eine jüdische Nation, die auf lauter „ismus" aufgebaut wird, — zuerst Egoismus, dann Atheismus und Agnosticismus. Ich glaube an das jüdische Volk, an die jüdische Sendung. Ich glaube, daß irgendwo ein großes Reservoir sein sollte, von wo aus jüdische Kultur,

---

*) Wir brachten neulich mit einigem Vorbehalt die Meldung, daß der erklärte Zionistenfeind Jacob H. Schiff seine Haltung plötzlich geändert habe. Die Nachricht stützt sich auf den folgenden Wortlaut einer kürzlich von ihm gehaltenen Rede.

ungehindert durch den Materialismus der Welt, ihre schönen Ideale in alle Teile der Erde tragen soll. Dieses Heimatland ist natürlich Palästina." Dieses Ideal, führte Herr Schiff weiter aus, sei durch den Krieg der Verwirklichung näher gebracht.

Der russisch-jüdische Kongreß.

In Petersburg hat Mitte Mai eine Konferenz von Vertretern aller jüdischen politischen Parteien und Gruppen stattgefunden, zwecks Schaffung einer einheitlichen Organisation, die die Vorbereitung und die Einberufung eines Kongresses der russischen Juden in die Hand nehmen soll. Das Hauptthema der Debatte bildete der Antrag der zionistischen Vertreter, in das Programm des bevorstehenden Kongresses folgende zwei Punkte aufzunehmen: 1. Die rechtliche Lage der Juden in den anderen Ländern. 2. Die Palästina-Frage.

Der Vertreter des „Bundes" protestierte gegen die Aufnahme dieser beiden Punkte in das Programm. Der Bund glaubt, daß die Erlangung der Gleichberechtigung der Juden in den Ländern, in denen sie noch nicht durchgeführt ist, nur durch Kampf erworben werden kann und nicht durch die sogenannte Beeinflussung. Der Antrag trage einen rein platonischen Charakter.

Andere Redner erklärten, den ersten Punkt wohl aufnehmen zu wollen, dagegen den Punkt betreffs Palästina ablehnen zu müssen, weil dadurch dem Kongreß ein Parteicharakter aufgezwungen würde.

Ein anderer Antrag lautet dahin, daß der Palästinafrage kein besonderer Punkt gewidmet werde, sondern daß diese Frage in die Rubrik der anderen Länder aufgenommen wird, also: Polen, Palästina, Rumänien.

Der Vertreter der Zionisten, Grünbaum, setzte in einem ausführlichen Referat auseinander, daß die Annahme dieser beiden Punkte in getrennter Form ein Gebot für die russische Judenheit darstelle. Es existiert eine einheitliche jüdische Nation, die in den verschiedenen Ländern zerstreut ist. Die Frage der Behandlung der Juden in diesem oder jenem Land ist eine Frage des gesamten Judentums. Um das russische Judentum kümmerte sich bis jetzt auch das gesamte Judentum. Die russischen Juden haben die moralische Pflicht, jetzt für die Juden einzutreten, die noch keine volle Gleichberechtigung genießen. Die amerikanische Judenheit hat in ihrer Gesamtheit diesen Standpunkt akzeptiert. Wie ist es möglich, daß in Rußland eine Konferenz zusammenkomme, ohne daß über die Leiden der Juden in anderen Ländern gesprochen werde? Auch in der Palästinafrage hat die amerikanische Judenheit beschlossen, diese Frage als einen besonderen Punkt zu behandeln. Man kann nicht Palästina unter die Rubrik aller anderen Länder zählen, da Palästina für uns von besonderer Art und von besonderem Interesse ist. Die Juden in Palästina sind nicht rechtlos, sie haben dort sogar nationale Rechte. In Palästina handelt es sich um die Kolonisation, um die Verwandlung dieses Landes in ein jüdisches Zentrum. Den Zionisten kommt es darauf an, die Frage von Palästina aufzuwerfen, nicht aber die Beschlüsse in ihren Einzelheiten zu beeinflussen. Die russischen Juden müssen dokumentieren, ob sie zu den Zionisten oder zu den Gegnern halten.

Der bekannte Historiker S. Dubnow führte aus, daß die Frage der Juden in Polen behandelt werden muß, steht außer allem Zweifel. Schon das allein zwingt uns, das Problem der Juden in anderen Ländern auf unserem Kongreß zu besprechen. Daß man Palästina von dieser Debatte ausschließen will, ist sehr bedauerlich. Die weitesten Schichten unseres Volkes werden für dieses Verhalten kein Verständnis haben.

Nach längeren Debatten gelangte eine Resolution zur Annahme, derzufolge auf dem Kongreß die Tagesordnung wegen der Lage der Juden in anderen Ländern — Polen, Palästina und Rumänien — angenommen wurde. Die Zionisten erklärten sich mit dieser Resolution zwar nicht einverstanden, erklärten sich aber bereit, weiterzuarbeiten in der Überzeugung, daß der Kongreß schon für diese Frage die richtige Sprache finden wird. Die Vertreter des „Bundes" verließen die Beratung und erklärten, an den weiteren Arbeiten nicht mehr teilnehmen zu können.

In Kiew fand eine Jüdische Distrikts-Konferenz von 8 Gouvernements mit 2 Millionen jüdischer Bevölkerung statt. 360 Delegierte nahmen teil. Angenommen wurde gegen 36 Stimmen des „Bundes" die Resolutionen: 1. Eine Vorkonferenz einzuberufen und 2. in das Programm des russisch-jüdischen Kongresses die Forderung einzuschliessen, gelegentlich der Friedenskonferenz die nationalen und bürgerlichen Rechte für die Juden in allen Ländern, besonders in Rumänien und ein autonomes Zentrum in Palästina zu verlangen. Die Bundisten verließen darauf demonstrativ die Konferenz.

Welt-Echo

Der Papst und die Zionisten. Einige Tageszeitungen bringen die folgende Nachricht: Wie der Secolo aus Rom meldet, hat der Papst in diesen Tagen in besonderer Audienz das Mitglied des zionistischen Aktionskomitees, Sokolow, empfangen. Der Zweck der Unterredung war, zu erfahren, welche Haltung der Vatikan gegenüber der Möglichkeit der Errichtung einer zionistischen Organisation in Palästina einnehmen würde. Der Papst drückte seine Sympathie für die Bewegung aus, und nachdem Sokolow versichert hatte, daß die Juden das Eigentum der Christen respektieren würden, soll er ausgerufen haben: „Wir werden gute Nachbarschaft halten!"

Ein jüdischer Kongreß in England. Die Zionistische Federation Englands hat beschlossen, im Vereine mit anderen jüdischen Organisationen des Landes einen Kongreß der englischen Judenheit einzuberufen, der die Forderungen der Juden Englands gegenüber der Friedenskonferenz formulieren soll.

Die amerikanische Abordnung für Stockholm. Der Holländisch-Skandinavische Sozialistische Ausschuß empfing am 20. und 21. Juni die amerikanische Abordnung bestehend aus Max Goldfarb, Vertreter der amerikanischen Sozialistenpartei, Boris Reinstein von der sozialistischen Arbeiterpartei von Amerika und Davidowitsch von der sozialistischen Landespartei der jüdischen Arbeiter in Amerika. Die Abgeordneten erklärten, sie seien nach Stockholm gekommen, um an der Internationalen Sozialistischen Friedenskonferenz teilzunehmen. Der Vertreter der jüdischen Arbeiter legte gewisse Sonderwünsche der Juden dar, nämlich Aufhebung der bürgerlichen, politischen und nationalen Beschränkungen der Juden, nationale Selbstverwaltung des

jüdischen Volkes in Ländern, in denen es in geschlossenen Massen lebt, freie Einwanderung der Juden und Kolonisation, besonders in Palästina. Diese Forderungen seien auf dem jüdischen Arbeiterkongreß in New York am 5. und 6. Sept. aufgestellt und würden auch von der amerikanischen Sozialistenpartei unterstützt.

Der jüdische Kongreß in Amerika. Das Kongreßkomitee in New York kabelt dem jüdischen Korrespondenzbureau im Haag, daß die Wahlen zum Kongreß am 10. Juni unter außerordentlicher Teilnahme der jüdischen Bevölkerung stattfanden. 300 000 Personen gaben ihre Stimme ab.

Zionistische Vereinigung für Polen. Am 3. Juni wurde auf Antrag der Herren H. Farbstein, Dr. Portner und Seidemann die Legalisierung einer Zionistischen Vereinigung für Polen bestätigt. Gegenwärtig bestehen in Polen ungefähr hundert zionistische Vereine, die unter einem Zentralkomitee, das seinen Sitz in Warschau hat, vereinigt sind. Es wird nunmehr eine ausgedehnte Tätigkeit entfaltet werden, um neue Vereine in den Städten und Städtchen zu organisieren, in denen es bis jetzt nicht möglich war, solche Vereine zu gründen. Es wird ferner eine Konferenz vorbereitet, die in zwei bis drei Monaten stattfinden soll, und auf der die Vertreter aller zionistischen Vereine des Landes die aktuellen zionistischen Fragen behandeln sollen.

In Charkow ist ein hebräischer Theater-Verein gegründet worden. Es wurden bereits Theaterstücke von Tawiew und anderen aufgeführt. Der Verein plant die Gründung eines hebräischen Volkshauses, in dem hebräische Stücke aufgeführt werden.

Literarisches Echo

Jüdischer Almanach. Im Herbste d. J. erscheint in polnischer Sprache ein Sammelbuch „Jüdischer Almanach" mit einer Reihe literarisch-wissenschaftlicher Beiträge namhafter jüdischer Schriftsteller.

Wie aus der Ankündigung zu ersehen ist, sollen hier Probleme des nationalen, ökonomischen und kulturellen Daseins des jüdischen Volkes im allgemeinen und desjenigen in polnischen Ländern insbesondere einer sachgemäßen Erörterung unterzogen werden. Durch eine entsprechende Verbreitung in allen polnischen Ländern, soll hier der erste Annäherungsversuch gemacht werden zwischen dem bis jetzt abgesondert lebenden Teile der Juden Galiziens und Russisch-Polens.

Allfällige Zuschriften sind zu richten an den Verlag „Moriah", Wien I, Ebendorferstr. 3/13.

Feuilleton

Aus der Welt des Chassidim.

Von Chaim Bloch, Delatyn.

(Fortsetzung.)

„Lechajim — du sollst leben"

Nathan Simon von Suczawa, ein wahrer Büßender und treuer Anhänger des Rabbi Meier von Przemyslany, litt an Fallsucht, weshalb ihm das Fasten strengstens untersagt war. Nach ärztlicher Anordnung mußte er täglich morgens etwas essen, sonst drohte ihm ein Anfall. Einst verbrachte er den Versöhnungstag in Przemyslany. Am Rüsttage ließ ihn der Rabbi zu sich ins Gemach kommen und sprach zu ihm: „Nathan Simon, du weißt, daß wir von der heiligen Lehre verpflichtet sind, am Versöhnungstage in Frohmütigkeit uns zu kasteien. Ich weiß, daß du kein gesunder Mensch bist und die Ärzte dir das Fasten verboten haben. Doch bitte ich dich, am morgigen Tag nichts zu genießen bis ich es dir erlauben werde." Nathan Simon erwidert: „So werde ich es tun." Am Abend nach dem Kolnidre sagte der Rabbi zu Nathan Simon: „Heute Nacht wirst du ja ohnehin nicht essen und morgen werde ich dir schon sagen wann du essen darfst." Morgens kam Nathan Simon zum Rabbi und frug, ob er jetzt etwas essen dürfe, aber der Rabbi bat ihn, bis nach dem Brochugebet zu warten und so hielt er ihn jedesmal hin bis nach dem Neïlagebet. Nathan Simon fastete den ganzen Tag. Als er am Abend zum Rabbi kam, gab dieser ihm ein Gläschen Branntwein und ein Stückchen Honigkuchen und sprach den Segen „Du sollst leben!" Danach rüttelte ihn der Rabbi an der Schulter und sagte: „Nathan Simon! Das Heilmittel, das ich dir gab, wird wirksamer sein als alle Arzneien, die du von den Ärzten erhalten hast." So war es auch; Nathan Simon genaß vollkommen und die Fallsucht verließ ihn auf immerdar.

Ein ehrwürdiger Tag.

Ein Mann aus Szczerzec war kinderlos und pflegte deshalb häufig Rabbi Meier von Przemyslany um Rat zu bitten. Als dieser einmal über Sabbath in Przemyslany war, sprach der Rabbi zu ihm, „Fahre nach Sadagora zum Zadik von Rishin, wo du einen Segen bekommen wirst, der bestimmt in Erfüllung geht." Er öffnete die Tischlade, entnahm ihr ein Schlüsselchen und öffnete mit diesem einen Schrank, wo er eine kleine Semmel von den 12 „Sabbath-Semmeln" fand; diese dem Chassid übergebend, sagte er: „Ich gebe dir ein Zeichen mit, es ist eine Semmel von den 12 Semmeln; wenn du zum Rishiner kommst, übergib ihm diese und sage ihm, sie sei von meinen 12 Semmeln. Auch gebe ich dir noch ein Zeichen mit: Sage dem Rishiner, er gehe auf der Reichsstraße, ich aber auf dem Landweg, doch treffen wir an einem Punkte zusammen." — Als der Mann schon abgehen wollte, rief ihn der Rabbi zurück und sagte: „Ich gebe dir noch ein drittes Zeichen mit. Seit vierzehn Jahren kommst du zu mir, und deshalb sollst du das Vorrecht haben, am Sabbath den Gesang: „Dieser Tag ist ehrwürdiger als alle anderen Tage" anzustimmen. Daher befehle ich dir, wann immer du beim Rishiner erscheinst, sollst du den Hymnus anstimmen und zu Ende singen". Der Mann fuhr nach Sadagora und langte dort am Mittwoch an. Er meldete den Gaboim (wörtlich: Einnehmer, Verwalter, gemeint

sind die Leibdiener und Verwalter der chassidischen Rabbis), er komme von Przemyslany mit einer Botschaft von Rabbi Meier an Rabbi Israel. Das erschien ihnen höchst willkommen, denn der Rishiner war seit einigen Tagen sehr traurig gestimmt, weil man gerade beim Ministerium in Wien verhandelte, ob er nach Rußland ausgeliefert werden solle, und sie wußten, daß ihm eine Botschaft von dem immer freudigen und heiteren Przemyslaner Freude bereiten werde. Sie führten daher den Mann zum Rabbi und blieben im Gemache, um die Botschaft zu hören. Der Mann begann: „Mein Herr Rabbi Meier von Przemyslany schickt mich zu euch, daß ihr mich mit Nachkommenschaft segnet. Als Zeichen schickt er euch eine Semmel von seinen 12 Semmeln. Mein Herr gab mir noch ein Zeichen mit, euch zu sagen: ihr geht auf der Reichsstraße, er auf dem Landweg, doch trefft ihr an einem Orte zusammen. Als weiteres Zeichen habe ich das Lied „Dieser Tag ist ehrwürdiger als alle anderen Tage", das anzustimmen mir mein Rabbi befahl". Und er begann den Sabbath-Hymnus zu singen. Der Rishiner lachte und mit ihm die Umstehenden. Dann sagte der Rabbi: „Meint ihr, ich weiß nicht, was er von mir will? Fahrt nach Hause, denn ihr seid schon gesegnet, und ihr werdet Kinder und alles Gute euer Lebenlang haben." An diesem Tage entschied der Verwaltungsgerichtshof, daß der Rishiner österreichischer Staatsbürger sei, daher nicht nach Rußland ausgeliefert werden müsse. Es war tatsächlich ein ehrwürdiger Tag für alle Chassidim.

Die Vergebung.

An einem Versöhnungstage waren viele vornehme und gelehrte Leute im Bethause des Rabbi Meier versammelt. Er aber kam nicht, und die Menge war darüber sehr ungehalten, da die Zeit des Kolnidregebets heranrückte. Ziemlich spät erschien der Rabbi, stellte sich auf die Türschwelle und schrie mit entsetzlicher Stimme: „Ihr habt euch alle versammelt in der Meinung, Meier werde Kolnidre sagen. Aber wenn ihr auch bis morgen steht und harret, Meier wird nicht Kolnidre sagen." Er stand noch eine gute Weile bei der Tür, sah sich die Menge an und sagte: „Unsere Weisen sprachen: die Sünden, die der Mensch gegen Gott begeht, sühnt der Versöhnungstag, doch die Sünden die man gegen den Nächsten begeht, sühnt der Versöhnungstag nicht, wenn nicht der Benachteiligte selbst verziehen hat. Darum will Meier, daß ihr einander verzeiht." Da rief die ganze Gemeinde weinend: „Wir verzeihen einander." Der Rabbi aber rührte sich noch immer nicht von der Schwelle und sprach: „Ihr meint, daß Ihr mich täuschen könnt: jetzt verzeiht ihr einander, aber nach dem heiligen Tag werdet ihr wieder zu eurem Hader, bösen Reden, grundlosem Haß usw. zurückkehren, und werdet dem armen Schuldner Kleid und Kissen wegnehmen. Wenn ein Mann in der Lage ist, seine Schulden zu bezahlen, und nur augenblicklich kein Geld hat, dem soll man die Zahlungsfrist hinausschieben, wenn aber jemand überhaupt kein Geld hat, warum wollt ihr seine Seele bedrücken?" Es waren dort einige Reiche aus Lemberg, die begriffen, daß die Worte an sie gerichtet waren, daher traten sie an den Rabbi heran und sprachen: „Wir werden die Worte des heiligen Rabbi befolgen." Darauf schritt der Rabbi von der Schwelle zum Gebetpult und sprach: „Herr der Welt! Die Juden sagen: Wir haben gesündigt und werden künftig nicht mehr so handeln. Du glaubst ihnen und verzeihst ihnen. Also muß auch ich ihnen glauben. Aber ihr Juden wisset, wer meine Worte befolgt, der wird ein gesegnetes Jahr haben, wer sie aber nicht befolgt, der wird seine Strafe erleiden."

Der Wohnungswechsel.

Rabbi Chaim von Sandec reiste nach Przemyslany um Rabbi Meier kennen zu lernen. Als er noch einige Kilometer vor Przemyslany war, geriet Rabbi Meier in tiefe Bewegung und er sprach zu seinem Diener: „Arje, ein großer Rabbi kommt in meine Nähe; gehe daher in das Gasthaus und frage ob er dort eingetroffen ist." Der Leibdiener ging und man sagte ihm, es sei kein Rabbi angekommen. Aber nach einer Stunde als der Diener nochmals in das Gasthaus kam um nachzufragen, war der Sandecer bereits eingetroffen, und er fragte ihn, ob er ein Rabbi sei. Da erwiderte der Sandecer: „Warum bist du so neugierig zu wissen wer ich bin?" Und der Leibdiener erzählte ihm, daß der Rabbi Meier mit größter Spannung einen Rabbi erwarte. Nun sagte der Sandecer: „Ich bin der Rabbi" und begab sich gleich in die Wohnung des Rabbi Meier. Nachdem sie sich eine gute Weile unterhalten hatten, sprach der Przemyslaner: „Sandecer Rabbi! Ihr seid ja ein Mitglied des Obersten Gerichtshofs, daher sagt mir, ob ich noch immer in solchen niederen Gemächern wohnen muß, ob ich nicht würdig bin, in bequemen schönen Zimmern zu wohnen." Der Sandecer begriff nicht, wohin das Wort zielte, und er antwortete: „Gewiß gebührt euch, in schöneren, bequemeren Zimmern als diese sind zu wohnen"" Da sprach Rabbi Meier freudig: „Nun, wenn ihr so urteilt, dann werde ich so tun, und aus dieser Wohnung in eine schönere ziehen." Jetzt erst verstand der Sandecer was Rabbi Meier meinte und sagte: „Ich urteilte, daß ihr auf dieser Welt in bequemeren und schöneren Zimmern wohnen sollt." Rabbi Meier aber erwiderte: „Das Urteil ist nicht mehr rückgängig zu machen. Ich wollte nur euere Bestätigung, und wenn diese auch irrtümlich erfolgte, so wird es so sein." Und nach kaum drei Wochen verließ der Rabbi seine niedere Wohnung.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

Der nationaljüdische Verband München hielt am 3. Juli seinen ersten Vortragsabend, der von zahlreichen Mitgliedern aller in ihm zusammengeschlossenen Vereine und einer Reihe von Gästen besucht war.

Die Vorsitzende, Frl. H. H. Cohn, hielt eine kurze Begrüßungsrede und sprach ihre Hoffnung aus, daß die Gründung des Verbandes einen Markstein im jüdischen Leben Münchens bedeuten werde. Dann forderte sie die Mitglieder auf, sich nicht mit Worten zu begnügen, sondern zu Taten zu schreiten, indem sie sich zur Mitarbeit an den Haussammlungen für den Palästina-Hilfsfond beteiligen. Eine Reihe von Freiwilligen meldete sich zu dieser Arbeit.

Der eigentliche Redner des Abends war Herr Jacob Reich, der über „Nationale Autonomie“ sprach. Er definierte den Begriff „Nation“ als „eine durch gemeinsame Abstammung und Geschichte gebildete Gemeinschaft, die vom Willen zur Forterhaltung der Gemeinschaft getragen wird,“ und zeigte, daß hiernach das Judentum vollen Anspruch auf die Anerkennung seines nationalen Charakters hat. Er betonte die Notwendigkeit einer Gleichwertung der einzelnen Nationen im künftigen Nationalitätenstaat.

Nach einigen Aufklärungen über den Begriff „Autonomie“ legte er dar, daß wir nicht nur die national-kulturelle, sondern auch die nationalpolitische Autonomie fördern müßten.

Im zweiten Teile seines Vortrages führte Herr Reich in fesselnder Weise aus, mit welchem Rechte die jüdische Nation in Polen, Rußland und Österreich die nationale Autonomie fordern dürfe, auf die sie in Amerika verzichten könne, während dieselbe in Palästina anders geartet sein müsse als in den übrigen Ländern. Die Zuhörer folgten seinen Ausführungen mit großem Interesse.

Am nächsten Verbandsabend (Dienstag, den 17. Juli, im V. J. St., Lokal Bayerstraße 67/69) wird Herr Alexander Eliasberg aus „Tewje der Milchhändler“ von Scholem Aleichem vorlesen.

Personalien.

Das Eiserne Kreuz I. Klasse wurde verliehen dem k. Stabsarzt der Reserve Dr. Karl Kroner in Berlin, dem k. Oberarzt Dr. Artur Prytek in Wilmersdorf, dem Offizierstellvertreter Karl Arensberg in Göttingen, dem k. Leutnant der Reserve Walter Gumprich in Münster i. W., dem k. Oberstabsarzt Dr. Felix Klemperer in Berlin und dem k. Stabsarzt der Reserve Dr. Gustav Meyer in Offenbach.

Zu k. bayer. Leutnants der Reserve wurden befördert die Vizefeldwebel L. Levy, Heinrich Bühler, Erwin Spatz, Adolf Maier, Leopold Maier, alle in einem Inf.-Regt., Phil. Lederer, Ludwig Beer und Heinrich Homberg in einem Feldart.-Regt., Georg Bremer und Willi Haas in einem Res.-Feldart.-Regt., Richard Rosenbusch in einem Feldrekrut.-Depot, David Freitag in einem Landw.-Inf.-Regt. und Markus Wetzlar in einem Inf.-Regt.

Der k. b. Mil.-Verd.-Ord. 2. Kl. m. Schw. wurde verliehen den k. Leutn. d. Res. E. Seidenberger,

Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstr. 4.
Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, München, Von der Tannstr. 22; für den Anzeigenteil: M. W. Stöhr, München